

stützten Überlegungen, sich doch besser wieder auf das traditionelle Betätigungsfeld der Gewerkschaften — Tarif- und Sozialpolitik — zurückzuziehen. So mögen gerade auch die Erfahrungen der Anfangsjahre der Weimarer Republik zur Ausbildung einer politischen Abwartehaltung beigetragen haben, deren Schwächen sich in der Krise zu Beginn der 30er Jahre offenbaren sollten.

Michael Schneider

Protokolle der Sitzungen des Parteiausschusses der SPD 1912 bis 1921, inkl. Protokoll der Parteikonferenz in Weimar am 22. und 23. März 1919, Protokoll über die Verhandlungen der Reichskonferenz der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, abgehalten in Berlin am 5. und 6. Mai 1920. Nachdrucke, hrsg. von Dieter Dowe mit einer Einleitung von Friedhelm Boll, 2 Bde. (= Reprints zur Sozialgeschichte bei J. H. W. Dietz Nachf., hrsg. von Dieter Dowe), Verlag J. H. W. Dietz Nachf., Berlin/Bonn 1980, XXVIII, 1117 S., Ln. in Schuber, 300 DM.

Als der sozialdemokratische Parteiausschuß 1912 durch den Chemnitzer Parteitag ins Leben gerufen wurde, geschah dies vor allem als Konzession an die innerparteilichen Oppositionsströmungen jeglicher Couleur — die Parteilinke hatte eine Stärkung des »politischen« Elements gegenüber dem »bürokratischen« Parteivorstand gefordert, während es den süddeutschen Reformisten um ein föderalistisches Organ in der zentralistisch ausgerichteten Parteiorganisation gegangen war (Siehe: Carl E. Schorske, *German Social Democracy 1905—1917*, Cambridge, Mass. 1955, S. 216 ff.). Was den föderativen Charakter des Parteiausschusses anging, so war er in der Tat gesichert; er bestand aus je einem Vertreter der 41 Landes- und Bezirksverbände, zu denen später zusätzliche weibliche Bezirksvertreter kamen, falls es in einem Bezirk mehr als 7 500 weibliche Parteimitglieder gab. Seine Kontrollfunktion allerdings war nicht unerheblich eingeschränkt; zwar war er vom Parteivorstand wenigstens alle Vierteljahre einmal einberufen, um »über wichtige, die Gesamtpartei berührende politische Fragen, über die Einrichtung zentraler Parteiinstitutionen, die die Partei dauernd erheblich belasten, über die Festsetzung der Tagesordnung des Parteitages sowie über die Bestellung der Referenten« zu beraten, wie das Parteistatut lautete. Daß er allerdings nicht beschlußfähig, sondern nur beratend und gutachtlich tätig werden durfte, schränkte die Einwirkungsmöglichkeiten des Parteiausschusses stark ein; schon 1912 hatte der Parteilinke Georg Ledebour die Vermutung geäußert, der Parteiausschuß werde kaum in die Lage kommen, eigenständiges Profil zu entwickeln: »Die Vorstandsmitglieder würden aufgrund ihrer intimeren Sachkenntnis und der Vertrautheit mit den laufenden Geschäften bereits mit vorgefaßten Meinungen und Beschlüssen an den Ausschuß herantreten und fast durchweg eine Mehrheit für sich gewinnen. Der Ausschuß würde so zu einer spanischen Wand werden, hinter der der Vorstand mit seiner bürokratischen Mehrheit nach wie vor tatsächlich die Geschäfte führt«. (Georg Ledebour, Parteiausschuß, Kontrollkommission und Fraktionsvertretung, in: *Neue Zeit*, Jg. 30, 1911/12, Bd. II, S. 509) Die Befürchtungen Ledebours bewahrheiteten sich durchaus; es kam noch hinzu, daß die meisten Parteibezirke ihre hauptamtlichen Parteisekretäre mit der Vertretung im Parteiausschuß beauftragten, also Funktionäre, die ihre Gehälter aus der zentralen Parteikasse erhielten und insofern zumindest indirekte Angestellte des Parteivorstandes waren, so daß energischer Widerspruch gegen dessen Vorschläge von ihnen selten zu erwarten stand. Gewiß kam es öfters zu kontroversen Debatten im Parteiausschuß — dafür sorgten in der Regel Bezirksvertreter, die dem Vorstand nicht materiell verpflichtet waren. An der vollständigen Prädominanz des Parteivorstandes gegenüber dem Parteiausschuß änderte das aber nichts. Gerade im Verlauf des Ersten

Weltkrieges zeigte sich, daß der Parteiausschuß in seiner übergroßen Mehrheit der Politik der Mehrheit des Parteivorstands zustimmte und so deren Stellung zusätzlich legitimierte.

Dennoch sind die Protokolle des Parteiausschusses von hohem Quellenwert. Das hat mehrere Gründe. Zum einen waren die Sitzungen nicht öffentlich; das hatte zur Folge, daß die Teilnehmer, auch und gerade die Parteivorstandsmitglieder, nicht unter dem Erwartungsdruck der Parteiöffentlichkeit standen und nicht zum Fenster hinaus reden mußten. Die meist wörtlich überlieferten Redebeiträge sind daher direkter, ehrlicher, intimer, aufschlußreicher als im Falle von Parteitagsreden. Insofern dürften also die Parteiausschuß-Protokolle die glaubwürdigste und unmittelbarste Quelle zur Politik des SPD-Parteivorstands darstellen. Kaum weniger wichtig sind die Protokolle als Stimmungsbarometer der Parteibasis; wie die einfachen Parteimitglieder und die unteren Funktionäre über die jeweilige politische Lage dachten, wird von den Bezirksvertretern in der Regel ungeschminkt dargelegt. Für die Interaktion zwischen Parteispitze und dem Fußvolk, für das Entstehen politischer Meinungs- und Entscheidungsfindung, für die schwer faßbaren, aber zum Verständnis sozialdemokratischer Politik so zentralen Wechselwirkungen zwischen oben und unten innerhalb der SPD bilden die Parteiausschuß-Protokolle eine unersetzliche Quelle.

Aus diesen Gründen ist die Sammlung der Parteiausschuß-Protokolle und ihre Herausgabe als Reprint durch Dieter Dowe ein überaus verdienstvolles Unternehmen. Bislang war der Zugang zu den Protokollen ein schwieriges Unterfangen; ein geschlossener Bestand existierte nirgendwo, und wer mit ihnen arbeiten wollte, mußte sich an das Archiv der sozialen Demokratie in Bonn, das Internationale Institut für Sozialgeschichte in Amsterdam, das Schweizerische Sozialarchiv in Zürich und die Hoover Institution in Stanford wenden. Allerdings ist die Überlieferung lückenhaft; obwohl die Sitzungen des Parteiausschusses bis 1921 anscheinend regelmäßig protokolliert und die Niederschriften als Manuskript gedruckt wurden, waren die Protokolle wichtiger Sitzungen aus den Jahren 1917 und 1918 nicht auffindbar; der Herausgeber hat es unternommen, die Lücken durch die kurzen im »Vorwärts« veröffentlichten Sitzungsberichte nach Möglichkeit zu füllen. Die nach 1921 stattgefundenen Sitzungen wurden zwar ebenfalls protokolliert; die Niederschriften wurden aber nicht mehr umgedruckt, sondern im Parteiarchiv aufbewahrt. Das Archiv wurde im Frühjahr 1933 von Angestellten des Parteivorstandes vernichtet, um es nicht in nationalsozialistische Hände fallen zu lassen; lediglich ein kleiner Teil, darunter Parteiausschuß-Protokolle aus den Jahren 1932 und 1933, wurde ins Ausland gerettet (Siehe: Hagen Schulze [Hrsg.], *Anpassung oder Widerstand? Aus den Akten des Parteivorstands der deutschen Sozialdemokratie 1932/33* [= Archiv für Sozialgeschichte, Beiheft 4], Bonn — Bad Godesberg 1975).

Zweifelloos wäre eine kommentierte Edition dieses wichtigen Quellenbestandes einem Reprint vorzuziehen gewesen; immerhin ist sie durch eine Einleitung von Friedhelm Boll sowie ein Personen- und Ortsregister von Horst-Peter Schulz zumindest ansatzweise erschlossen. Die allzu kurze Einleitung weist auf einige Aussagen der Protokolle zur sozialdemokratischen Parteigeschichte während des Weltkriegs hin; die wenigstens ebenso aussagekräftigen Protokolle aus der Nachkriegszeit, in denen sich ein lebendiges Panorama der Schwierigkeiten der SPD in der Regierungsverantwortung entrollt, finden keine Erwähnung. Die Register machen die Edition erst eigentlich handhabbar, wenn sie auch nur mit mäßiger Sorgfalt angefertigt sind — nicht alle Seitenzahlen stimmen, und Personen- und Ortsverwechslungen kommen vor. Einige Wünsche bleiben unerfüllt, so die nach biographischen Daten im Personenregister und nach einer Liste der Parteiausschuß-Mitglieder. Im ganzen darf man beiden Bänden, wie überhaupt den »Reprints zur Sozialgeschichte« des Dietz-Verlags, einen hohen Quellenwert und gute Druckqualität bescheinigen, während der Erschließungsapparat nicht ganz zufriedenstellen kann.

Hagen Schulze